

Kommunaler Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und ihre Kinder

Sitzung des Landesweiten Runden Tisches
Mainz, 15. Mai 2017

Worum geht es heute?

- Wie kann das Thema Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und ihre Kinder auf kommunaler Ebene verortet werden?

Prozessverlauf

November 2016

➔ 3 Runde Tische – ein gemeinsames Thema

Januar 2017

➔ Vom Konzept des Landes zu kommunalen Empfehlungen

Februar 2017

➔ Einbindung der Mitglieder der drei Runden Tische

März 2017

➔ Übergabe an Stadt- bzw. Kreisvorstand und Vereinbarungen

April 2017

➔ Die Gleichstellungsbeauftragte im weiteren Prozessverlauf

...

Prozessverlauf (November 2016)

- **Gemeinsame Sitzung der drei Runden Tische**
(Stadt Frankenthal (Pfalz), Stadt Ludwigshafen am Rhein, Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis)
 - Input zum Gewaltschutzkonzept für Frauen in Landesaufnahmeeinrichtungen, zu Leitlinien und Notfallplan – Frau Dr. Heine-Wiedenmann
 - Input zu praktischen Aspekten der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen – Petra Wolf
 - Übertragung: Vom Konzept zum Leitfaden für die praktische Umsetzung
 - Erarbeiten von Empfehlungen

Prozessverlauf (November 2016)

➤ Gemeinsame Sitzung der drei Runden Tische

Jhre Fragen/ Anregungen

- Dezentrale Unterb. Informationsfluss verbessern
- Bermit f. Migration und Integration vor Ort einrichten
- mehr Präsenz bei Veranstaltungen z.B. Bezirksversammlungen
- Mehr Infos über Rechte d. Frauen
- Infoveranstaltung für Männer
- Information für ältere Frauen
- Gewaltschutzbeauftragte vor Ort?
- Frauen-Café Frauentreff in Unterkünften?
- Niedrigschwellige Angebote?
- Begleitung bei Trennung?
- Gewalt hauptsächlich bei Trennung
- Struktur- und Organisationsfragen Einrichtungen?
- Kommunikationswege?
- Ansprechpartner - in wiev. vor Ort? in der Kommune?
- Frauen aus Kulturkreis nutzen (Dolmetscher)
- mehr Kulturmitteln im Sprachfond
- Einflussnahme der Kulturmittel -> Problem!
- mehr u. geschultere Dolmetscher
- Stellen für Sprachmittlerinnen -> nicht nur Element!
- Schluss Sprachmittler: Gewahdykomik
- Gelder bereitstellen
- Stellen anbieten

Jhre Empfehlungen

- Notfallplan
- Leitbild
- Gelder
- personelle Strukturen
- Bestandsaufnahme von wem?
- Gewaltschutzbeauftragte einrichten
- Gewaltschutzbeauftragte vor Ort?
- wichtig? s. Vorgaben des Landes
- Stellen anbieten
- Gelder bereitstellen
- Mittel für Schulungen
- Stellen für Sprachmittlerinnen -> nicht nur Element!
- Mittel für Selbsttutoring Element / Hospitant
- Zuständigkeitsbereich
- Entscheidungsträger pro Kommune wer?
- mehr Kulturmitteln im Sprachfond
- Frauen aus Kulturkreis nutzen (Dolmetscher)
- räumliche Strukturen
- Frauen-Café Frauentreff in Unterkünften?

Jhre Empfehlungen

- Beratung/ Information/ Sprache
- Information für ältere Frauen
- Infoveranstaltungen für Männer
- Mehr Infos über Rechte d. Frauen
- Niedrigschwellige Angebote Pfl. überhand
- Dezentrale Unterb. Informationsfluss verbessern
- Einflussnahme der Kulturmittel -> Problem!
- mehr Präsenz bei Veranstaltungen z.B. Bezirksversammlungen
- Vernetzung/ Austausch wer erfährt von Gewalt? Ansprechpartner?
- Bildung von All's mit den PT zur Vernetzung Konzept
- Gewalt hauptsächlich bei Trennung?
- Begleitung bei Trennung?
- Welche Kooperation mehr Kooperation mit Sozialamt
- weitere legale Wege Maßnahmen nach Frauenhaus / Lebenshilfe
- Beratung durch Lonke häuß. Gewalt
- Fachstellen Asyl
- Ansprechpartner bei Asyl (Pfl.)
- häufiger Wechsel der Ansprechpartner
- Einbindung Vernetzungskreis
- Vernetzung der ehrenamtlichen
- Folgemassnahmen/ Zuständigkeiten
- Ansprechpartner - in wiev. vor Ort? in der Kommune?
- Einbindung des Jugendamtes
- Ansprechpartner bei Asyl (Pfl.) - in wiev. vor Ort? in der Kommune?
- Schnittstelle zentral/ dezentral
- Kommunikationswege?
- Struktur- und Organisationsfragen Einrichtungen?
- Fortbildung/ Schulung
- mehr u. geschultere Dolmetscher
- Schulung Sprachmittlerinnen Gewahdykomik

21. NOV. 2016

Prozessverlauf (Februar 2017)

- Einbindung der Mitglieder der drei Runden Tische
 - Rückkoppelung des ersten Entwurfs
 - Transparentes Verfahren
 - Darstellung der interdisziplinären Kompetenzen
 - Verdeutlichen von Synergieeffekten

Prozessverlauf (Februar 2017)

➤ Einbindung der Mitglieder der drei Runden Tische Sicherung der Ergebnisse, bspw.

Mindestanforderung 5: Zugang zu Informationen

Alle Bewohner/innen sind über allgemeine Rechte, insbesondere jedoch über solche für Kinder, Jugendliche und Frauen informiert.

- Zugang zu Informationen über Hilfeangebote und rechtliche Maßnahmen erfolgt bspw. durch
 - Flyer, Broschüren, Internet-Hinweise, z. B. über bundesweites Hilfetelefon, regionale Unterstützungsangebote (Infopoint)
 - und wird durch Gewaltschutzbeauftragte vermittelt

Darüber hinaus

- sind Fachberatungs- und Frauenunterstützungseinrichtungen bekannt
- stehen mehrsprachige Flyer zum Hilfesystem bei Gewalttaten und Nachstellungen zur Verfügung
- gibt es einen zentralen Infopunkt in den Einrichtungen
- werden Informationsveranstaltungen zum Thema Gewalt, auch bei Trennung, sowohl für Frauen (auch ältere) als auch für Männer in den Einrichtungen durchgeführt
- sind Informationen in interne Angebote wie etwa Sprachkurse, integriert
- werden Migrantinnen als Trainerinnen eingesetzt
- werden externe, niedrigschwellige Angebote in den Einrichtungen vorgehalten (Vorträge durch Polizei, Frauenunterstützungseinrichtungen)
- ist der Zugang zu Informationen auch bei dezentraler Unterbringung gegeben.

Zur Umsetzung der Mindestanforderungen und den Gewaltschutz stehen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung:

- zur paritätischen Besetzung von Stellen zur sozialen Betreuung
- zur Schaffung von Stellen für psychosoziale Betreuung
- für professionelle Dolmetscher/innen
- für Brückenbauer/innen
- zur Fortschreibung des Schutzkonzeptes
- zur Umsetzung baulicher Sicherheitsmaßnahmen
- zur Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten
- Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz sind bekannt und werden ausgeschöpft, bspw.
- Die Haushaltsmittel des Landes für den Gewaltschutz geflüchteter Frauen und deren Kinder sind aufgestockt und werden über Förderprogramme den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Prozessverlauf (März 2017)

- Übergabe an Stadt- bzw. Kreisvorstand und Vereinbarungen
 - Begleitbrief – Unterschrift der drei Koordinatorinnen der RT
 - „Kommunikationsleitfaden“, angereichert mit lokalen Beispielen
 - Vorstellung der Empfehlungen in Sitzung des Stadtvorstandes – Klare Rollenzuweisung
 - „Prüfauftrag“ an nachgeordnete Bereiche

Prozessverlauf (April 2017 und Folgemonate)

- Die Gleichstellungsbeauftragte im weiteren Prozessverlauf
 - Angebot einer beratenden Unterstützung bei der Entwicklung eines Konzeptes auf der Grundlage der vorgelegten Empfehlungen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!